

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 09.06.2011 um 18.05 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend: Oberbürgermeister Müller

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Ferenczy
Stadtrat Günther
Stadtrat Lorenz (bis Ziffer 2)
Stadtrat May
Stadtrat M. Müller
Stadtrat E. Müller
Stadträtin Richter (ohne Ziffer 4)
Stadtrat Schmidt_

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser
Stadtrat Rank
Stadträtin Schwab
Stadtrat Stiller (ohne Ziffer 6 A, 6 C)
Stadträtin Stocker
Stadtrat Weiglein_

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul
Stadtrat Heisel
Stadträtin Glos
Stadträtin Kahnt

FW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Haag
Stadträtin Wallrapp
Stadträtin Wachter

KIK-Stadtratsfraktion:

2. Bürgermeister Christof
Stadtrat Steinruck
Stadtrat Popp (ab Ziffer 6 D)

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Pauluhn
Stadträtin Schmidt

ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm
Stadtrat Schardt

Ortssprecher

Frau Schlötter (Sickershausen)
Herr Pfreuzinger (Hoheim)

Berufsmäßige Stadträte:

Berichterstatter: Verwaltungsrat Hartner
Stadtkämmerer Weber
Dipl.-Ing. Richter
Stadtplaner Pohl

Protokollführer: Verwaltungsfachangestellte Schlier

Entschuldigt fehlten: Stadtrat Ferenczy
Stadtrat M. Müller
Stadtrat Moser
Stadträtin Endres-Paul
Stadträtin Schmidt
Stadtrat Schardt
Oberrechtsrätin Schmöger

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig. Es gibt keine Einwände gegen die Tagesordnung.

1. Sportanlage Sickergrund - Generalsanierung der Laufbahn;
hier: Auftragsvergabe nach VOB/A

Mit 23 zu 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Auftrag für die Generalsanierung der Laufbahn im Sickergrund wird, auf Grundlage des Angebotes vom 23.05.2011, an die Firma Fleischhacker GmbH aus 97076 Würzburg mit einer Auftragssumme in Höhe von brutto 437.176,07 € vergeben.
3. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, ein entsprechendes Auftragschreiben zu unterzeichnen.

Die formelle Auftragsvergabe darf erst nach Vorlage der vorzeitigen Baufreigabe durch die Regierung von Unterfranken, Würzburg erfolgen.

2. Klärwerk Kitzingen - Klärschlamm Entsorgung
hier: Vergabe der Klärschlamm Entsorgung durch Kompostierung oder Verbrennung 2011, gemäß VOL/A

Ohne Abstimmung

Oberbürgermeister Müller informiert, dass in nichtöffentlicher Sitzung der Vergabe des Auftrages für die Klärschlamm Entsorgung des im Klärwerk anfallenden Klärschlammes für den Zeitraum vom 1.8.2011 – 31.7.2012 zugestimmt wurde.

3. Bausachen - BGV-Nr. 51/2011; Bauantrag auf Errichtung einer saisonalbedingten Sitzplatzüberdachung, Flst.Nr. 13 (Marktplatz)
 - A. Oberbürgermeister Müller erklärt die Sachlage, bittet um Zustimmung der neuen Markise, da eine neue Beschirmung sowie Bepflanzung in jedem Falle eine Bereicherung für die Optik des Marktplatzes sei.

Stadträtin Glos kritisiert, dass dieses Vorhaben allen Voraussetzungen des kürzlich entwickelten Gestaltungsleitfadens widerspreche und erwartet daher auch einen Bauantrag. Stadtrat Rank stellt fest, da es sich hierbei um ein Bauwerk handle, unterliege dieses nicht der Sondernutzungsverordnung und möchte in Erfahrung bringen, ob die Baugenehmigung wie bei einer Sondernutzungsgenehmigung auf Widerruf ausgesprochen werde. Des Weiteren weist er auf die negativen Stellungnahmen des Stadtheimspflegers, Stadtmarketingvereins sowie des Landesamts für Denkmalschutz hin und meint, die Stadt Kitzingen solle sich nicht darüber hinwegsetzen.

Oberbürgermeister Müller erläutert, dass der Gestaltungsleitfaden gegenseitiges Einvernehmen vorschreibe.

Stadtplaner Pohl ergänzt, es handle sich hier nicht um eine Baugenehmigung, sondern eine denkmalrechtliche Erlaubnis, die jedoch vergleichbar sei, da ebenso ein Bauantrag gestellt werden müsse.

Stadtrat Pauluhn befürchtet, es könne auf dem Marktplatz überhand nehmen, da abzu-sehen ist, dass bei einer erteilten Erlaubnis die anderen Gewerbebetreiber auf dem Marktplatz ebenso Anträge einreichen werden.

Stadträtin Wallrapp lobt die Vorhaben der Familie Morandin. Durch eine optische Ver-schönerung auf dem Marktplatz erhöht sich auch die Attraktivität der Stadt Kitzingen und belebt die Innenstadt.

Stadtrat Weiglein beargwöhnt, dass durch Zulassung einer baulichen Anlage, es durch die Verbindung mit dem Boden nicht möglich sein werde, dies wieder rückgängig zu ma-chen.

Stadtrat Stiller erkennt die Eisdiele als Bereicherung für das Kitzinger Zentrum und spricht sich für den Antrag aus.

Stadtrat Steinruck klärt auf Anfrage von Stadträtin Richter auf, das Baurecht sehe grundsätzlich zwei verschiedene Eigentümer bei Grund und Bauwerk vor. Weiter warnt er vor einer Baugenehmigung, da im Nachhinein keine Möglichkeit des rückgängig ma-chen bestehe, auch wenn die Sondernutzung gekündigt würde.

2. Bürgermeister Christof plädiert für eine Einigung außerhalb des Rechts, denn ein ge-wisses Vertrauen und eine einvernehmliche Lösung sollten eigentlich Voraussetzung sein. Weiter kritisiert 2. Bürgermeister Christof, dass die Thematiken und Meinungen be-reits ausführlich in der Fraktionsvorsitzenden-Besprechung diskutiert wurden und die Debatte für das Beschlussergebnis keine Auswirkung mehr habe.

Stadträtin Richter stellt den Antrag auf Schluss der Debatte.

B. Mit 21 zu 2 Stimmen

Dem Antrag von Stadträtin Richter auf Schluss der Debatte wird stattgegeben.

C. Auf Nachfrage von Stadtrat Heisel bestätigen Oberbürgermeister Müller sowie Stadtpla-ner Pohl, für die Wintermonate (außerhalb der Saison) würde die Überdachung zurück-gebaut werden.

Stadtrat Pauluhn stellt fest, dass durch den Gestaltungsleitfaden eine Grundsatzent-scheidung gefällt wurde. Diese zu brechen hält er nicht für sinnvoll, da könne man sich derartige Konzepte auch sparen, außerdem sollen allen Gewerbebetreibern dieselben Möglichkeiten geboten werden und diese Auswirkungen lägen nicht im Interesse der Stadt Kitzingen.

D. Mit 10 zu 13 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.

2. Der Stadtrat stimmt der Errichtung einer saisonalbedingten Sitzplatzüberdachung auf dem Marktplatz im Wege der Baugenehmigung zu.

E. Bürgermeisterin Regan hält es für unzulässig aufgrund der neuen Sach- und Rechtslage eine Abstimmung durchzuführen.

F. Mit 21 zu 2 Stimmen

Der Stadtrat stimmt der Errichtung einer saisonalbedingten Sitzplatzüberdachung auf dem Marktplatz im Wege der Sondernutzung, vorbehaltlich der rechtlichen Prüfung der Sondernutzung, zu.

4. Bauleitplanung - 39. Änderung des Flächennutzungsplanes und 1. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes V99.1 "Biogasanlage Geisspitze", hier: Entwurfs- und Auslegungsbeschluss

Mit 20 zu 2 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.

2. Der Stadtrat beschließt die Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen im Rahmen der frühzeitigen Beteiligungsverfahren laut Anlage 1 (Abwägungsvorlage).

3. Der Stadtrat billigt den Entwurf der 39. Änderung des Flächennutzungsplanes (Anlagen 2a und 2b) und der 1. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes V99.1 „Biogasanlage Geisspitze“ mit Umweltbericht (Anlagen 3a, 3b und 3c).

4. Der Stadtrat beschließt die öffentliche Auslegung des Entwurfs der 39. Änderung des Flächennutzungsplanes und der 1. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes V99.1 „Biogasanlage Geisspitze“ mit Umweltbericht gemäß § 3 Abs. 2 BauGB. Die Auslegung ist öffentlich bekannt zu machen.

5. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind entsprechend § 4 Abs. 2 BauGB zu beteiligen.

5. Einführung der "Bayerischen Ehrenamtskarte" in Kitzingen; hier: Antrag der SPD-Stadtratsfraktion

A. Stadtrat Heisel erläutert den Antrag der SPD und bittet um Zustimmung aus dem Gremium.

Stadtrat Stiller hält es für eine gute Sache, die Ehrenämter weiter zu unterstützen, weiß aber auch, dass ein enormer Arbeitsaufwand damit verbunden sei.

Stadträtin Wallrapp erkennt, dass die Stadt Kitzingen mit rund 750.000 € schon einen großen Anteil an freiwilligen Leistungen bietet. Bevor eine solche Karte eingeführt werde, solle man erst einmal zusammentragen, welche Leistungen bereits bestehen und an welchen Stellen es eventuell noch Lücken zu schließen gäbe.

Stadtrat Schmidt findet den Grundgedanken gut, befürchtet aber, dass die Einführung der Ehrenamtskarte und der ausgedehnte Verwaltungsaufwand nicht im Verhältnis zueinander stünden.

Stadtrat Heisel klärt auf, dass es angedacht war, den Stadtmarketingverein mit einzubeziehen. Die Informationen solle der Verein selbst melden.

B. Mit 14 zu 9 Stimmen

Dem Antrag auf Einführung der „Bayerischen Ehrenamtskarte“ in Kitzingen wird zugestimmt.

6. Antrag der SPD vom 26.04.2011: "Antrag bzgl. des Sonderlandeplatzes Kitzingen"

A. Mit 18 zu 4 Stimmen

1. Dem Antrag der SPD „einen strukturierten Weg aufzuzeigen, dieses Ziel (einen Sonderlandeplatz zu etablieren) zeitnah zu erreichen“ wird zugestimmt.

B. Bestandteile des in Ziffer 1 genannten „strukturierten“ Weges sind gemäß dem Antrag der SPD folgende Arbeitsaufträge:

C. Mit 13 zu 9 Stimmen

- 1.1 „Die eingeholten Kostenvoranschläge sind mit den in Giebelstadt angefallenen Kosten – diese sollten bei der Fa. Knauf erfragt werden – abzugleichen“

D. Mit 6 zu 18 Stimmen

- 1.2 „In Abhängigkeit von der Höhe der Kosten sollte die Stadt die Kampfmittelräumung auf eigene Kosten übernehmen“

E. Mit 9 zu 15 Stimmen

- 1.3 „Mit den ansässigen Firmen und den ansiedlungswilligen Firmen ist über die Einrichtung eines Sonderlandeplatzes abzustimmen und eine mögliche Bewilligung an der Finanzierung abzuklären“

F. Mit 17 zu 7 Stimmen

- 1.4 „Die Stadt Kitzingen prüft den Erwerb der Landebahn sowie der Einrichtungen, die für das Betreiben eines Sonderlandeplatzes notwendig sind“

G. Nach kurzer Diskussion und der Feststellung, dass die Forderung nicht durchgeführt werden könne, zieht die SPD-Fraktion diesen Antrag zurück (2.5 des Beschlussentwurfs).

H. Ohne Abstimmung

- 1.5 „Die Kosten für die Kampfmittelräumung sind bei einem Verkauf des Areals von der BlmA zurückzuerstatten oder im Falle eines Kaufs durch die Stadt mit dem Kaufpreis zu verrechnen“

I. Mit 16 zu 8 Stimmen

3. Das „weitere Vorgehen zur Erlangung der Sonderlandeplatzgenehmigung“ ist „mit konkreten Schritten und einem entsprechenden Zeitplan“ mit dem Luftamt Nordbayern abzustimmen.

7. Harvey Barracks: Antrag der CSU vom 07. April 2011 "Antrag zur GO: Entwicklung der Konversionsflächen" und Aufnahme des Themas Photovoltaik in die ISEK-Fortschreibung

- A. Stadträtin Schwab erläutert den Antrag der CSU.
Stadtrat Schmidt hält es nicht für sinnvoll einen derartigen Beschluss zu fassen, solange die rechtlichen Voraussetzungen nicht gegeben sind.

B. Mit 19 zu 5 Stimmen

1. Der Stadtrat stimmt dem o. g. Antrag der CSU insoweit zu, als dass die Stadtverwaltung beauftragt wird, die Nutzung von FFH- und Natura2000-Flächen durch Photovoltaikanlagen mit den entsprechenden Fachbehörden und Institutionen abzuklären.
2. Dabei sind folgende „Nebenbedingungen“ gemäß den Ziffern 1-4 des CSU-Antrags zu prüfen:

C. Mit 17 zu 7 Stimmen

- 2.1 „Errichtung von städtischen Solaranlagen auf FFH-Flächen zur kommunalen Selbstversorgung unter Einbindung der örtlichen Energieversorger“

D. Mit 17 zu 7 Stimmen

- 2.2 „Errichtung eines Bürgersolarpark mit Kitzinger Landkreisbürgern in der Rechtsform einer Genossenschaft (kein Verkauf an überregionale Projektentwickler)“

E. Mit 10 zu 14 Stimmen

- 2.3 „Festhalten an der beschlossenen Rahmenplanung mit abschnittsweiser Entwicklung der Gewerbeflächen A, B, C“

F. Mit 19 zu 5 Stimmen

- 2.4 „Erhaltung der Landebahn zur Nutzung für den LSC Kitzingen und den Sonderlandeplatz“

G. Mit 17 zu 7 Stimmen

3. Darüber hinaus soll das Thema Photovoltaik in die Fortschreibung des städtebaulichen Entwicklungskonzepts (ISEK) integriert werden, um auch ein Gesamtkonzept zum Umgang mit Photovoltaikanlagen im Stadtgebiet aufzuzeigen.

8. Konversion von Militärf Flächen - Angebot der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben auf Erwerb der Zufahrtsstraße zum Übungsplatz Klosterforst

- A. Oberbürgermeister Müller erklärt, um welches Straßenstück es geht und dass es sich bei der entsprechenden Zufahrtsstraße um FFH-Schutzgebiet handelt.
Bürgermeister Christof hält den Erwerb der Straße im Hinblick auf die Anbindung zur langen Wiese für sinnvoll.

Auch Stadtrat Schmidt findet aufgrund der Verbindungen solle die Stadt Kitzingen das unentgeltliche Angebot der BIMA annehmen.

Stadträtin Schwab spricht sich für den Erwerb des Teilstücks aus.

B. Mit 19 zu 5 Stimmen

1. Vom Sachvortrag der Verwaltung wird Kenntnis genommen.
2. Das Angebot auf Übernahme des Teilstückes der nicht öffentlich gewidmeten Verbindungsstraße durch den Klosterforst (Schreiben der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben vom 10.05.2011) wird angenommen.

9. Aufstufung eines öffentlichen Feld- und Waldweges zur Ortsstraße

Mit 24 zu 0 Stimmen

Der öffentliche Feld- und Waldweg Fl.Nr. 1499/Teilfläche, Gemarkung Kitzingen, wird gemäß Art. 7 Abs. 1 BayStrWG i.V.m. Art. 46 Nr. 2 BayStrWG zur Ortsstraße „Am Wilhelmsbühl“ aufgestuft.

Der Straßenzug (Stichstraße) beginnt an der Ortsstraße „Am Wilhelmsbühl“ und endet am nicht ausgebauten öffentlichen Feld- und Waldweg Fl.Nr. 1735/1. Er hat eine Länge von 0,054 km.

Grundlage ist der Lageplan vom 06.04.2011.

10. Sanierung des nördlichen Gebäudetraktes im Kindergarten Friedenskirche, Martin-Luther-Str. 1, Kitzingen

Mit 24 zu 0 Stimmen

Dem Evang.-Luth. Pfarramt Kitzingen - Friedenskirche wird zur Sanierung des nördlichen Gebäudetraktes ein Zuschuss von 2/3 der zuwendungsfähigen Kosten, insgesamt max. 90.500 €, gewährt.

11. Instandsetzungs-, Umbau- und Modernisierungsarbeiten an Kindergärten: Zuwendungen der Stadt Kitzingen

Mit 23 zu 0 Stimmen

1. Allen Kitzinger Kindergärten wird für Instandsetzungs-, Umbau- und Modernisierungsarbeiten ab 10.000,00 €, die nicht aus Staatsmitteln gefördert werden und nicht auf vernachlässigten Unterhalt zurückzuführen sind, ab 01.01.2012 eine Zuwendung in Höhe des jeweils aktuellen FAG-Fördersatzes (z. Zt. 45,1 %) zu den zuwendungsfähigen Kosten gewährt. Diese Mittel sind im Haushalt bereitzustellen.

Der Beschluss vom 24.09.2009 wird zum 01.01.2012 aufgehoben.

Mit 15 zu 8 Stimmen

2. Eine wiederholte Antragstellung ist frühestens nach Ablauf einer Frist von 5 Jahren möglich.

12. Antrag auf Vergabe eines Straßennamens/Adresse
Fl.Nr. 6840, jetzige Bezeichnung: Housing Area 1
Antragsteller: Maier Manfred und Andrea

Mit 22 zu 1 Stimmen

1. Vom Antrag der Eheleute Maier wird Kenntnis genommen.
2. Die Fl.Nr. 6840 erhält die Bezeichnung „Im Richthofen Circle“.

13. Bekanntmachung Haushaltsgenehmigung 2011

Oberbürgermeister Müller informiert, dass die Haushaltsgenehmigung 2011 durch das Landratsamt am 09.06.2011 eingegangen sei.

Oberbürgermeister Müller schließt die öffentliche Sitzung um 20.06 Uhr.

Oberbürgermeister

Protokollführerin